



Städte- und Gemeindebund  
Nordrhein-Westfalen

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Vorbericht  
114. Sitzung  
Ausschuss für Strukturpolitik und Verkehr  
am 8. November 2017 in Bad Wünnenberg

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf  
Kaiserswerther Straße 199-201  
40474 Düsseldorf  
Telefon 0211 • 4587-1  
Telefax 0211 • 4587-211  
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de  
pers. E-Mail:  
Internet: www.kommunen-in-nrw.de

**TOP 5: Thesen zur Mobilität der Zukunft**

BE: Geschäftsführer Horst-Heinrich Gerbrand, GST  
BE: Referentin Cora Ehlert, GST

Aktenzeichen: G 10.2-004/002 Eh/Da  
Ansprechpartner:  
Geschäftsführer Horst-Heinrich Gerbrand  
Referentin Cora Ehlert  
Durchwahl 0211 • 4587-241/-233

24. Oktober 2017

**5.1 Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss beschließt vor dem Hintergrund wachsender und immer vielfältiger werdender Mobilitätsansprüche in der Bevölkerung folgende Thesen:

a) Ausgangslage zwingt zum Handeln

Drohende Diesel-Fahrverbote im Zusammenhang mit Emissionsbelastungen, tägliche Staus sowohl innerstädtisch als auch auf Zubringerstraßen, Leistungsengpässe beim ÖPNV, enormer Parkdruck in den Kommunen verbunden mit kaum mehr verfügbarem Raumangebot für den Fuß- und Radverkehr ist tägliche Realität. Die klassische Verkehrsinfrastruktur hat in vielen Städten und Gemeinden seit langem die Kapazitätsgrenze überschritten und ist nicht mehr erweiterbar. Diese drängenden Problemfelder fordern verkehrspolitische Antworten.

b) Paradigmenwechsel erforderlich

Diese Herausforderungen können nicht mehr mit singulären Ansätzen beantwortet werden, die nur auf eine Verkehrsart fokussieren. Erforderlich ist vielmehr eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung, in die alle Verkehrsarten einbezogen werden. Damit verbunden ist die Entwicklung eines klaren Zielbildes für die Mobilitätsentwicklung in der Kommune und konkrete Umsetzungsschritte, um es zu erreichen.

c) Kommunalpolitische Anforderungen

Ein überbeanspruchter öffentlicher Raum, der vielfach keine Erweiterungsmöglichkeiten bietet, um die Leistungsfähigkeit unserer Verkehrssysteme zu erhöhen, zwingt die kommunale Planung neue Akzente zu setzen. Es gilt, eine Änderung des Mobilitätsverhaltens des einzelnen Verkehrsteilnehmers zu erreichen. Hierfür müssen andere Verkehrsarten, vor allem das Fahrrad, stärker in den Blick genommen werden, um deren Potentiale zu nutzen.

Für den ÖPNV kommen bei geringer Nachfrage, die einen taktgebundenen Linienverkehr nicht mehr begründen, flexible Bedienformen, wie z.B. Sammeltaxen und Rufbusse, die schnell und individuell reagieren können, in Betracht. Zudem sollte das Gesamtsystem der einzelnen Verkehrsträger mit Hilfe der Digitalisierung synchronisiert und stärker vernetzt werden.

#### d) Forderungen an das Land

Insbesondere in ländlichen Bereichen ist die Erreichbarkeit durch den ÖPNV weder räumlich noch zeitlich ausreichend gesichert. Das Land ist deshalb aufgefordert die ÖPNV-Mittel aufzustocken und durch eine Veränderung der Fördermechanismen darauf hinzuwirken, dass auch nachfrageschwächere Linien attraktiver gestaltet werden. Hierdurch können Anreize für eine stärkere Nutzung des ÖPNV geschaffen werden.

Eine Neuakzentuierung der kommunalen Verkehrsplanung wird angesichts der nach wie vor bestehenden defizitären Haushaltslage der Kommunen nur gelingen, wenn das Land ausreichende Mittel für Planungs- und Realisierungsmaßnahmen zur Verfügung stellt. Hierzu gehört insbesondere die Unterstützung bei der Umsetzung vernetzter Radwegeachsen.

#### e) Positionierung des StGB NRW

Ein wichtiges Anliegen des StGB NRW besteht darin, die Verkehrsfunktion der öffentlichen Flächen gleichberechtigt für alle Verkehrsarten zu gewährleisten. Die Stadt wird als grüner und vitaler Lebens- und Bewegungsraum gestaltet, indem ein Großteil des Binnenverkehrs zu Fuß und vor allem mit dem Fahrrad erfolgt.

Deswegen plädiert der StGB NRW dafür, bei Straßen, Knotenpunkten, Plätzen und Grünanlagen neben der Verkehrsfunktion auch wieder die Kommunikations- und Aufenthaltsfunktion zu stärken. Durch eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung kann so eine Verkehrsinfrastruktur geschaffen werden, die Grundansprüche an Wohnverträglichkeit, Aufenthaltsqualität und Gesundheit erfüllt.

## 5.2 Begründung:

Vor dem Hintergrund eines sich wandelnden und immer vielfältiger werdenden Mobilitätsverhaltens der Bürgerinnen und Bürger hat der Ausschuss für Strukturpolitik und Verkehr in seiner 112. Sitzung am 26. Oktober 2016 in Erndtebrück die Notwendigkeit einer „Transformation“ der kommunalen Stadt- und Verkehrsplanung bekräftigt, um den vielfältigen Nutzungsansprüchen im Straßenraum auch in Zukunft gerecht werden zu können.

Der Ausschuss beauftragte die Geschäftsstelle mit der Erstellung eines Positionspapiers „Mobilität der Zukunft“, in welchem die künftigen Anforderungen an eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur herausgearbeitet und praxisgerecht aufbereitet werden sollten.

Hierzu hat die Geschäftsstelle am 16.03.2017 mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Kreise und Gemeinden (AGFS NRW) einen Workshop veranstaltet, dessen Ergebnisse Grundlage für das nun vorliegende Positionspapier geworden sind. Neben zahlreichen Ausschussmitgliedern hat die Geschäftsstelle weitere kommunale Praktiker aus dem Mitgliederbereich als Teilnehmer gewonnen.

Die Workshop-Teilnehmenden haben sich in einem moderierten Prozess komplexen Fragen gestellt:

- Wie wollen wir in Zukunft leben, wohnen und uns bewegen?
- Wie verändern sich die Arbeits-, Freizeit- und Lebenswelten?
- Inwieweit wandelt sich das heutige, relative starre Grundmuster der Mobilität hin zu einem „multimobilen Lifestyle“ mit vernetzten Mobilitätsangeboten?
- Welche Innovationen verbinden sich mit der Digitalisierung und der Automatisierung (selbstfahrendes Auto)?
- Wie realistisch ist es, dass ein fundamentaler Wandel bei den Nutzungsgewohnheiten – im Sinne von „nutzen statt besitzen“ – in der Mobilität stattfindet?

- Schafft es der ÖPNV die Stagnation zu überwinden und sich zum modernen Mobilitätsdienstleister zu wandeln?
- Wie müssen sich in Zukunft die öffentlichen Räume, Plätze und die Verkehrsinfrastruktur ausrichten, um zukunftsfähig im Sinne von emissionsarm, gesund, leise und zugleich effizient mobil zu sein?
- Schließlich: Inwieweit verändern sich Rollen und Funktionen der klassischen Verkehrsträger (Auto, ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) und mit welchen „neuen“ Verkehrsmitteln und Servicediensten ist zu rechnen?

Zahlreiche dieser Fragen konnten im Rahmen des Workshops beantwortet werden, sodass ein umfassendes Bild von der „Mobilität der Zukunft“ entstanden ist und zu einem Positionspapier verdichtet werden konnte.

Das Positionspapier ist als **Anlage** beigefügt und wird in der Sitzung näher erläutert.